

Was die Verbindung von Amt und Ehe angeht, so finden die verheirateten Diakone eine hohe Zustimmung ihrer Ehefrauen (83%), die auch die Arbeit geistig mittragen; nur eine kleine Minderheit der Frauen ist mit dem Diakonat ihrer Ehemänner nicht einverstanden. Darüber hinaus sehen 87 Prozent einen positiven Wert des verheirateten Diakons darin, daß kirchliches Amt und Ehe miteinander verbunden sind. Das schließt Schwierigkeiten nicht aus, insbesondere was die Verbindung von Erwerbsarbeit und Familienleben angeht.

Des weiteren hat die Umfrage ergeben, daß Diakone mehrheitlich freiheitsbedacht sowie reformoffen sind und daß sie zu den „hochsolidarischen Personengruppen unserer modernen Kultur“ (139) zählen, an denen die solidaritätsproduktive Kraft des Evangeliums sichtbar werde. Mehrheitlich

sprechen sie sich auch für die Öffnung des Diakonats für Frauen aus. Insgesamt gibt das Buch einen guten, empirisch gestützten Einblick in eine pastorale Berufsgruppe der Kirche, deren Bedeutung nicht nur quantitativ ansteigt. Die Studie „Diakone 2002“ ergänzt die ältere Studie „Priester 2000©“; beide Studien sind hoch willkommen, um die Situation des pastoralen Personals in der Gegenwart wahrzunehmen. Wünschenswert ist eine weitere Studie dieser Art, die die Lebens- und Berufswirklichkeit der Pastoral- und Gemeindeferenten und -ferentinnen untersucht. Daß die Diakone eine produktive Rolle für die Zukunft der Kirche und beim derzeitigen institutionellen Umbau spielen können, zeigt das vorliegende Buch, dem man Leser von der kirchlichen Leitungsebene bis hin zu interessierten Mitgliedern wünscht. *Michael Sievernich SJ*

## Jugend

SCHRÖDER, Achim – BALZTER, Nadine – SCHROEDTER, Thomas: *Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand*. Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation. Weinheim: Juventa 2004. 232 S. Br. 18,-.

Spätestens seit der ersten OECD-PISA-Studie zählt Bildung zu den gesellschaftlichen Zukunftsthemen. Das Gegenteil allerdings scheint für die Politische Bildung zu gelten. Daß die erste Landeszentrale für Politische Bildung Ende 2004 in Niedersachsen geschlossen wurde, zeigt die Dimensionen ihrer gegenwärtigen Akzeptanzkrise. Diese Krise hat insbesondere zwei Ursachen: zum einen das ökonomistische Bildungsverständnis, das die politische Debatte dominiert und den Schwerpunkt auf die marktmäßige Verwertbarkeit von Bildung legt – und zum anderen die defizitäre Situation der öffentlichen Haushalte, die zahlreiche Felder öffentlich refinanzierter

Bildungsangebote der Frage aussetzt, ob sie nicht verzichtbar oder zumindest effizienter und kostensparender zu organisieren seien.

Dies ist die gesellschaftspolitische Folie für eine Untersuchung, die im Jahr 2001 vom Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend in Auftrag gegeben und an der Fachhochschule Darmstadt realisiert wurde. Untersucht wurden Strukturen, Maßnahmen, Tendenzen und Wirkungen des wichtigsten staatlichen Förderprogramms politischer Jugendbildung in Deutschland, des Programms „Politische Bildung außerhalb der Jugendverbände“ im Kinder- und Jugendplan des Bundes. Die Ergebnisse liegen mittlerweile in dem hier besprochenen Band vor.

Eine Hauptschwierigkeit der Studie bestand darin, die erforderliche Ergebnisoffenheit einer Evaluation und das Interesse des Ministeriums an einer Änderung der

Förderrichtlinien auszubalancieren. Das Untersuchungsdesign (und insbesondere die Beteiligung von Trägern wie Bildungsreferenten und -referentinnen) versucht deshalb, die Praxis der politischen Bildung angemessen zu Wort kommen lassen und die Betroffenen selbst in die Beurteilung der Ergebnisse einzubeziehen. Neben der Auswertung von Trägermaterialien und einem Fragebogen sind daher Einzelinterviews und Gruppendiskussionen ein wichtiger Bestandteil der Studie, die in Form von fünf Einzelporträts auch in die Veröffentlichung Eingang gefunden haben.

Die Studie liefert so ein umfassendes und differenziertes Bild der Strukturen und des Profils außerschulischer politischer Jugendbildung in Deutschland. Sie zeigt das breite Spektrum von Themen und Zielgruppen der unterschiedlichen Träger und legt Entwicklungstendenzen offen. Der Fokus politischer Jugendbildung liegt demnach heute vor allem auf der Verknüpfung von Subjekt- und Persönlichkeitsbildung mit lebensweltrelevanten politischen Fragen. Fremdenfeindlichkeit und Extremismus, Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung sind in dieser Hinsicht wichtige Themen. Insbesondere die Arbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen nimmt großen Raum ein, was zwar politisch gewollt ist, aber auch Ressourcen bindet, die etwa für die Förderung engagementbereiter Jugendlicher fehlen. Nicht nur in dieser Hinsicht weist die Studie auf einen eher steigenden Bedarf an politischen Bildungsangeboten hin und widerspricht damit sicherlich manch populärer förderungspolitischer Sichtweise.

Man kann sich der Auffassung der Autoren anschließen, daß die politische Bildung auch heute keinesfalls verzichtbar ist. Die Studie gibt deutliche Hinweise auf die besondere Bedeutung politischer Jugendbildung für die Entwicklung der Zivilgesell-

schaft, die notwendigerweise auf die Partizipationsbereitschaft, aber auch -fähigkeit ihrer Mitglieder angewiesen ist. Da ein wesentliches Kennzeichen der außerschulischen politischen Jugendbildung die Freiwilligkeit ist, verfügt gerade sie über ein reflektiertes Handlungswissen, wie unter veränderten gesellschaftlichen Voraussetzungen die allgemeinen Ziele politischer Bildung – Wissensvermittlung, Förderung der Urteilsbildung und Motivation zur gesellschaftlichen Mitwirkung – realisiert werden können.

Die Studie empfiehlt eine langfristig verlässliche Personalkostenförderung, statt weiter auf eine Maßnahmenförderung umzustellen, die zu einem hohen Druck auf die betroffenen Referenten und Referentinnen führe und inhaltliche wie methodisch-didaktische Innovation erschwere. Nicht zuletzt gefährde sie auch das Prinzip der Freiwilligkeit, da eine hohe Zahl von Maßnahmen oft nur in Kooperation mit institutionellen Trägern wie zum Beispiel Schulen sichergestellt werden könne. Auch eine weitere Empfehlung der Studie ist erwähnenswert: an der bestehenden Trägerstruktur mit Dachverbänden und Zentralstellen grundsätzlich festzuhalten, da sie die Autonomie und Pluralität der Angebote sicherstelle.

Zusammenfassend stellt die Studie nicht nur eine umfassende Informationsquelle zur gegenwärtigen „Landschaft“ außerschulischer politischer Bildung dar. Sie ist auch eine pädagogisch wie politisch begründete, vor allem aber in systematischer Praxisreflexion überprüfte (und überprüfbare) Argumentationshilfe für den Erhalt eines differenzierten Angebots politischer Jugendbildung, das weder bildungs- und finanzpolitischer Opportunität noch rein betriebswirtschaftlichen Effizienzerwartungen unterworfen werden darf.

*Andreas Kampmann-Grünewald*